

Arbeitsgemeinschaft Deutscher
Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer
Landesarbeitsgemeinschaft NRW



Landesarbeitsgemeinschaft NRW
www.bewaehrungshilfe-nrw.de

LAG NRW, Ursula Klein Widumstr. 52 59065 Hamm

An alle Mitglieder der LAG

Ursula Klein
Widumstr. 52
59065 Hamm

Fon: 02381/9204126
FAX:02381/9204141
ursula.klein@lg-dortmund.nrw.de

Protokoll der Bezirkssprecherkonferenz
Vom 18.02.09 in der JAK Recklinghausen

TOP 1

Die Teilnehmer (siehe S.5) werden von Herrn Oeynhausen begrüßt.

TOP 2

Die vorgelegte Tagesordnung wird angenommen.

Die Stellungnahme zum Thema Haftvermeidung – uneinbringliche Geldstrafen der Gerichtshelfer des ASD Detmold wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

TOP 3

Das Protokoll der BSK vom 22.09.2008 wird in der vorgelegten Form angenommen.

TOP 4

Die Berichte aus den Bezirken werden nicht vorgetragen. Es wird ein Anhang an das Protokoll erfolgen.(S 6 – 12)

TOP 5

Bericht ver.di und HPR: Berichterstatter: Heinz Ellwenholl

Zum 01.04.09 wird es **Veränderungen im LBG** geben. Aus dem vorliegenden Entwurf ist zu entnehmen, dass die Altersbegrenzung „32 Jahre“ zur Verbeamtung wegfallen wird. Das Pensionsalter wird auf 67 Jahre angehoben. (ab Geburtsjahrgang 1947 mit Erreichen des 65. Lebensjahres einen Monat länger bis Geburtsjahr 1964 – dann 24 Monate = 67 Jahre erreicht). Auf Antrag kann das Pensionsalter auf 70 Jahre heraufgesetzt werden.

Viele der zurzeit **befristet Beschäftigten** haben kürzlich ohne vorherige Ankündigung einen **neuen Arbeitsvertrag** zugesandt bekommen, mit dem Passus, dass eine sofortige Kündigung erfolgt, sollte der/die Planstelleneinhaber/in vorzeitig aus der Beurlaubung zurückkehren. Dies ist eine Folge der veränderten Bestimmungen zu Beurlaubungen. Die bis-

her notwendige Einhaltung der Fristen in der Erklärung sind weggefallen und der /die Planstelleninhaber/in kann jederzeit die Rückkehr aus der Beurlaubung vornehmen.

Die VPS hat im HPR die **Belastungsstatistik** im ambulanten sozialen Dienst vorgestellt. Die Diskrepanz zwischen ausgewiesener und tatsächlicher Belastung durch den Wegfall der AR Fälle in der Statistik wurde deutlich hervorgehoben. Von Seiten des HPR wird dieses dem JM nochmals vorgetragen.

In der Fachgruppe ver.di wird eingehend der „Wildwuchs“ bei der Ausgestaltung des Fachbereichs **Führungsaufsicht** in den einzelnen OLG Bezirken diskutiert. Die Beschränkung der Mitarbeiterzahl habe keine fachliche Begründung. Eine Übernahme von Aufgaben der Führungsaufsichtsstelle durch den betreuenden Mitarbeiter widerspreche den gesetzlichen Grundlagen, da die „Ausgestaltung der FA-Stelle“ mit der AV für den ambulanten sozialen Dienst keine Berührungspunkte habe.

Diese Vorgehensweise sei in keinem anderen Bundesland zu finden. Die Fachgruppe wird gegenüber dem JM vehement gegen eine solche Regelung aussprechen und die Forderung erheben:

- Die Umsetzung der AV in NRW soll gesetzeskonform verlaufen
- Jede Fachkraft unterzeichnet mit seinem/ihrer Namen und nicht „Im Auftrag“
- Die Verteilung der FA-Fälle erfolgt nur nach fachlichen Gesichtspunkten.

Den Ausführungen schließt sich eine längere Diskussion an, in der die Bezirksvertreter die Fallverteilung in ihren Bezirken darstellen. Weiter werden die Aktivitäten des AK Führungsaufsicht diskutiert und dessen Notwendigkeit nach in Kraft treten der AV kritisch betrachtet.

Da eine eindeutige Haltung der Kollegen/innen im Lande zu den einzelnen Modalitäten bei der Fallverteilung nicht feststellbar ist, wird vereinbart, dass der Vorstand bei der Außen-darstellung folgende Haltung vertritt:

- Eine fachliche Begründung zur Verteilung der FA-Fälle auf wenige Mitarbeiter des ambulanten Sozialen Dienstes ist nicht zu erkennen. Das Argument der geringeren Anzahl von Ansprechpartner für den Leiter der FA-Stelle sei nicht stichhaltig, da eine einzelfallbezogene Kontaktaufnahme erfolge.

Weiter wurde vereinbart, dass zur nächsten BSK Vertreter des o.g. AK eingeladen werden, um deren Arbeitsauftrag und zu diskutieren.

Herbert Fila regt an, dass sich auf LAG Ebene der AK Innovative Arbeitsansätze mit dem Thema Ausgestaltung des Fachbereichs FA auseinandersetzt.

AK Fortbildung- Berichterstatter Uli Hassel

Uli Hassel berichtet von der Arbeit des AK Fortbildung.

Durch die Bedarfsabfrage über die Landgerichte hat sich der Arbeitsauftrag des aK verändert. Man stehe jedoch weiterhin mit dem Leiter der JAK weiter in enger Verbindung, spreche die Themen der Fortbildungsangebote ab und plane bei überschüssigen Fortbildungsmittel weitere Angebote.

Des Weiteren würden Fortbildungsangebote für die LAG erarbeitet. Nach den Sommerferien werde die Ausschreibung für ein Angebot an die Kollegen/innen verschickt.

Der AK hat sich nach der Ausschreibung einer Fortbildung zum Thema FA mit Herrn Leuster in Verbindung gesetzt und die fehlende Absprache mit ihnen beanstandet. Zukünftig soll der AK Fortbildung vorher zu den Angeboten für den ASD befragt werden. Der AK FB bittet Kollegen/innen, die in Leitungsfunktionen sind und Interesse an dem AK haben um Kontaktaufnahme, da eine Mitarbeit von dieser Seite von Wichtigkeit sei.

TOP 6

Vorstandsbericht: Berichterstatter Uli Oeynhausens, Ulla Klein

Der AK „**Handbuch für den ambulanten Sozialen Dienst NRW**“ wird vor dem Hintergrund der Veränderungen im LBG eine Fertigstellung bis nach dem 01.04.09 zurückstellen. Sobald das Handbuch veröffentlicht werden kann, werden alle Kolleginnen und Kollegen benachrichtigt.

Der AK „**Innovative Arbeitsansätze**“ setzt sich mit den der AV angehängten Qualitätsstandards auseinander. Ein Abschlussbericht wird noch in diesem Jahr vorgelegt.

Der Kontakt zum JM besteht über Herrn Prof. Dr. Kubink weiterhin. Es wird weiterhin auf das regelmäßige Einhalten der **jour-fixe** Termine geachtet.

Das Thema „**ehrenamtliche Mitarbeit**“ ist im JM weiter aktuell. Herr Oeynhausens regt an, dass in den Bezirken nachgefragt wird, ob ggf. ein Bezirk im Rahmen eines Modellprojektes ein Konzept zur ehrenamtlichen Mitarbeit entwickelt und/oder versucht ehrenamtliche Mitarbeiter in die Arbeit zu integrieren.

Frau Tabea Grönefeld (Bezirk Bielefeld) bekundete Interesse an diesem Thema und will sich im Bezirk umhören, ob die Übernahme dieses Modells möglich wäre.

Herr Oeynhausens berichtet über den augenblicklichen Sachstand zum Thema „**Haftvermeidung durch Vermittlung in gemeinnützige Arbeit**“.

Die aus den Bezirken übersandten Zahlen werden dem Protokoll beigelegt.

Es wird festgestellt, dass die Vermittlung in freie Arbeit originäre Arbeit des ASD, Fachbereich Gerichtshilfe ist und dem JM gegenüber vertreten werden soll, dass bei der Schaffung der erforderlichen Ressourcen der ASD bereit und in der Lage sei auf diesem Gebiet qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten.

Herr Oeynhausens berichtet über die Bundestagung in Saarbrücken. Diesbzgl. Wird auf die in Kürze auf der home-page der ADBe.V. veröffentlichten Protokolle verwiesen.

Die nächste Bundestagung wird vom 06. – 08.11.09 in Recklinghausen stattfinden. Uli Hassel (Dortmund) und Arno Stamm (Marl) haben sich bereit erklärt mit dem Vorstand das Programm zu erarbeiten. Bei Interesse zur Mitgestaltung können sich Kolleginnen und Kollegen gern beim Vorstand melden.

Frau Seidel, LAG Gerichtshilfe teilt mit, dass man mit dem Vorstand der LAG Bewährungshilfe überein gekommen ist, dass bis zur regulären Mitgliederversammlung der LAG Bewährungshilfe eine intensive Zusammenarbeit erfolgt, im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen und der gemeinsamen Wahrnehmung von Terminen. Auf der Mitgliederversammlung soll dann das weitere Vorgehen beschlossen werden.

Hintergrund der Vereinbarung ist, dass abgewartet werden soll welche Entwicklung z.B. im Bereich Mischarbeitsplatz die Zukunft zeigen wird.

Am 09.02.09 hatte die LAG Gerichtshilfe ein Gespräch mit Frau Müller-Piepenkötter , Herrn Söffing und Vertretern des JM . Frau Müller-Piepenkötter habe auf die Notwendigkeit der Trennung des FB Gerichtshilfe aufmerksam gemacht.

Mitarbeiter aus dem FB Bewährungshilfe sollen im Bereich Täter-Opfer-Ausgleich geschult werden, um in Vertretungsfällen den Bereich der GH mit abdecken zu können.

TOP 7

Herr Bernhard Wich, (ASD Essen) berichtet über seine Mitarbeit in der Projektgruppe des JM zur Erarbeitung einer „Konzeption zum Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftätern“ (KURS)

Im März 09 soll das Konzept im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt werden.

Ein Ziel ist eine Koordination zwischen JVA – StVK – ASD – Polizei vor der Entlassung des Probanden. 6 Monate vor der Entlassung soll eine Information an alle Beteiligten informiert werden. 4 Monate vor der Entlassung müssen alle Unterlagen den Beteiligten vorliegen. Es erfolgt eine Gefährdungseinstufung nach einem strukturierten Gefährdungsbericht, sowie Empfehlungen für Weisungen im Rahmen der FA. Ebenfalls muss ein Risikoprofil erstellt werden. Die Polizei v(LKA) übernimmt bereits während des Vollzuges eine Gefährderansprache.

Nach der Entlassung werden alle Veränderungen durch das LKA an alle an der Betreuung und Überwachung beteiligten Stellen weitergegeben und ein regelmäßiger Austausch erfolgen.

Zurzeit werden noch datenschutzrechtliche Fragen geklärt.

TOP 8

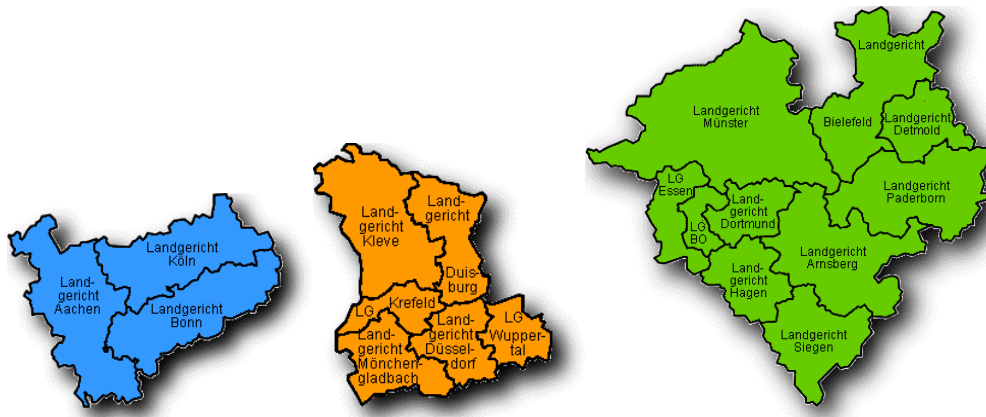
Dr. Stephan Barth stellt das von den Kolleginnen und Kollegen entworfene Konzept zur Risikoeinschätzung vor. (siehe S. 14 -19)

TOP 9

Die nächste Sitzung findet am 03.06.09 in Recklinghausen statt.

Teilnehmer

Name	Bezirk
Stieglitz, Gerd	Hagen
Schaefer, Ute	Köln
Elwenholl, Heinz	Ver.di
Barth, Stephan	Siegen
Heimberg, Petra	Essen
Jovic, Susanne	Bochum
Daciuk, Melanie	GH Detmold
Seidel, Birgit	GH Krefeld
Tilkes, Harald	Krefeld
Küppers, Ludger	Krefeld
Theis, Ingo	Arnsberg
Bilstein, Bernd	Paderborn
Hassel, Ulrich	Dortmund
Heinzelmann, Klaus	Bielefeld
Grönefeld, Tabea	Bielefeld
Wich, Bernhard	Essen
Klein, Ursula	Vorstand
Fila, Herbert	Vorstand
Tosberg, Anne	Vorstand
Oeynhausen, Ulrich	Vorstand



„Bericht v. 18. 2. 2009 aus dem LG - Bezirk Hagen – Bezirkssprecherkonferenz der LAG NRW“

➤ BAG Themen:

- am 28.11.08 fand der Workshop Führungsaufsicht zwischen Strafrechtspflege und sozialer Arbeit – unter Berücksichtigung der Neuorganisation des „Ambulanten sozialen Dienstes der Justiz NRW“ zum 1. 6. 2008 statt
- Strukturerneuerung
- Zusammenlegung BWH / FA / GH
- 3/09 Workshop Gerichtshilfe

➤ Aktuell im Bezirk:

- Organisation der Sozialarbeit in der Führungsaufsicht
Der Fachbereich Führungsaufsicht hat seine Arbeit nach der Verfügung des LG – Präsidenten auf Grundlage der AV des JM aufgenommen. In jeder Dienststelle arbeiten 1 - 2 FA - Fachkräfte. Schulungen / Dienstbesprechungen der FA Fachkräfte haben /finden regelmäßig statt.
Seit dem 6. 2. 2009 ist die FA - Stelle mit dem DV Verfahren SoPart vernetzt, sodass vor allem Berichtskopien aber auch andere Schreiben online versandt werden können.
- in der Zweiten Jahreshälfte 2009 sollen die 2 Gerichtshelferinnen, die derzeit noch bei der STA untergebracht sind, in die Dienststelle des ASD Hagen umgesetzt werden.

➤ Projekte im Bezirk:



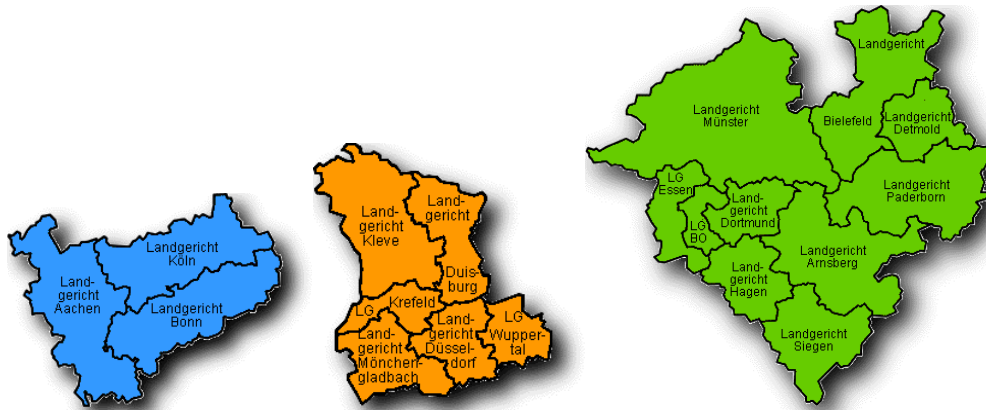
Aktive Arbeitskreise sind:

- AK Sexualstraftäter auf BAG Ebene (ca. 5 Mitglieder)
- Kollegiale Beratung (ca. 5 Mitglieder)
- AGT soll auch in diesem Jahr fortgesetzt werden – Teilfinanzierung über den Förderverein
- Erlebnispädagogisches Projekt „Kluterthöhle“

➤ Anmerkungen / Fortschreibung Neue AV – Einheitl. Sozialer Dienst der Justiz NRW:

➤ **Beiträge für die Homepage als Anhang beigefügt - Themen:**

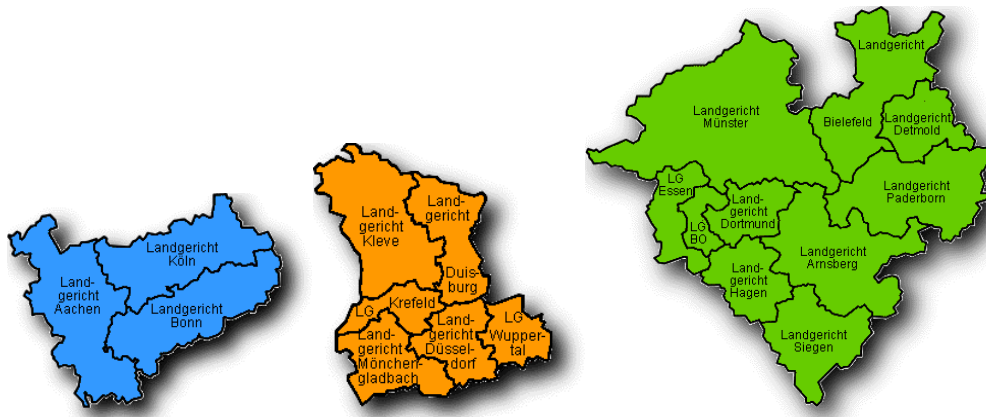
➤ **Arbeitsauftrag an die Mitglieder des Vorstandes der LAG NRW:**



„Bericht aus dem Bezirk Köln - Bezirkssprecherkonferenz der LAG NRW“

-
- **BAG Themen:**
 - Zusammenarbeit mit der Gerichtshilfe (seit Ende 2008)
 - Umsetzung der AV (Führungsaufsicht)
 - Stellensituation / tatsächliche Fallbelastung
-
- **Aktuell im Bezirk:**
 - Zusammenführung (auch räumlich) mit der Gerichtshilfe
 - Die Gerichtshilfe ist seit dem 01.02.2009 in die Räume des ASD, Apostelnstr. In Köln umgezogen.
-
- **Projekte im Bezirk:**
 - Neu: Einzel-AGT in Bergisch Gladbach seit Februar
 - Neu: AGT Gruppe in Leverkusen
-
- **Anmerkungen / Fortschreibung Neue AV – Einheitl. Sozialer Dienst der Justiz NRW:**
 - ... wird in den LG Bezirken Köln und Bonn unterschiedlich umgesetzt. Beispiel FA: In Köln haben die ehemaligen Sozialarbeiter der FA-Stellen sowie interessierte Kollegen sich freiwillig bereit erklärt, im FB FA tätig zu sein. In Bonn wurden geeignete Kollegen gezielt angesprochen.
 - Ähnliches Procedere bei der Gerichtshilfe. In Köln sind die bisherigen Gerichtshelfer tätig. Eine Kollegin ist zusätzlich mit 50 % dort tätig (Erweiterung auf 100 % ist geplant), darüber hinaus gibt es kein Mischpensum. Im LG-Bezirk Bonn sind in jedem Bezirk einzelne Kollegen mit Mischpensum mit der Gerichtshilfe betraut worden.
 - Besonderheit: Die Gerichtshilfe in Köln führt hauptsächlich Ermittlungstätigkeiten im Auftrag der StA, oft bei Gewalt- oder Sexualdelikten durch. Für TOA und Sozialstundenvermittlung gibt es in Köln eigene Vermittlungsstellen.
-
- **Beiträge für die Homepage als Anhang beigefügt - Themen:**
-
- **Arbeitsauftrag an die Mitglieder des Vorstandes der LAG NRW:**
 - Wir haben erfahren, dass in einigen Dienststellen im OLG Hamm FA-Fälle höher bewertet werden (1,5). Wir halten eine entsprechende unterschiedliche Wertung von FA-Fällen nicht für erforderlich und bitten um Klärung.

- **Trend Riskmanagement: Ist eine Arbeitsgruppe der LAG zu dem Thema geplant?**
- **Praktikantenordner: Wann gibt es ihn?**



„Bericht aus dem Bezirk - Bezirkssprecherkonferenz der LAG NRW“

➤ **BAG Themen:**

Am 4.03.2009 nächstes Treffen der BAG. Thema: Neue Entwicklungen und Tendenzen im Bereich des Cannabismisbrauchs.

Weitere Themen für 2009: Programm „KURS NRW“ und Entwicklung des ASD.

Im November 2009 BAG-Fortbildung in Aachen.

➤ **Aktuell im Bezirk:**

Zum 01.01.2009 Schaffung zweier fester Planstellen in den Landgerichtsbezirken Krefeld und Kleve, die mit Personalverschiebungen in mehreren Landgerichtsbezirken einhergehen.

➤ **Projekte im Bezirk:**

Von Kollegen im LG Krefeld geplantes Anti-Gewalttraining ab Herbst 2009.

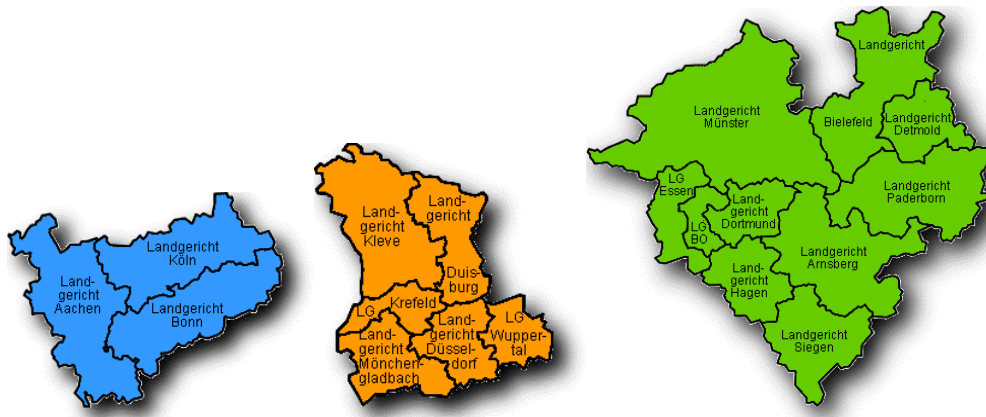
➤ **Anmerkungen / Fortschreibung Neue AV – Einheitl. Sozialer Dienst der Justiz NRW:**

Ärger in der Kollegenschaft über die fehlenden Fortbildungsangebote zur Umsetzung der neuen AV.

➤ **Beiträge für die Homepage als Anhang beigefügt - Themen:**

➤ **Arbeitsauftrag an die Mitglieder des Vorstandes der LAG NRW:**

Weiterhin kritische Begleitung der Strukturreform.



Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen

BAG: LG Siegen

„Bericht aus dem Bezirk - Bezirkssprecherkonferenz der LAG NRW“

➤ BAG Themen:

Rückfallrisikoprognose
 Ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe
 Stellung der Fachkräfte des ASDJ im Strafverfahren

➤ Aktuell im Bezirk:

Eine „neue“ Stelle wurde am 01.01.09 ausgeschrieben

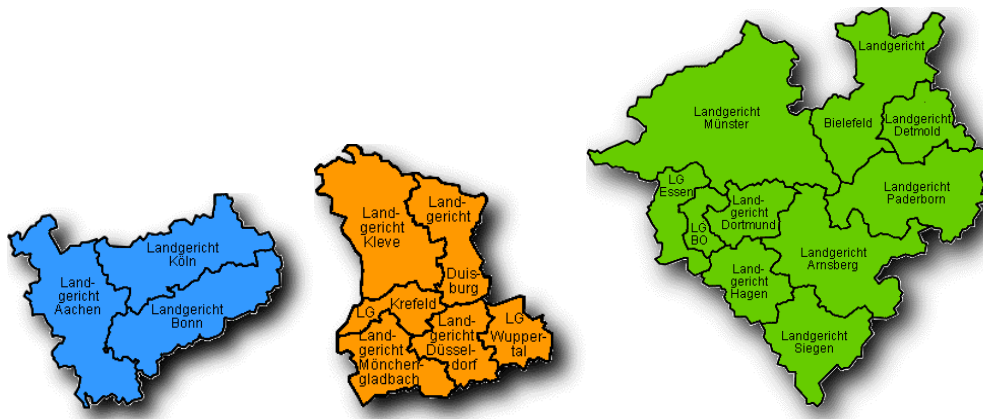
➤ Projekte im Bezirk:

Zahlreiche Projekte, abrufbar unter www.bewaehrungshilfe-siegen.de, u.a. auch die Zahlen der aktuellen Stichtagserhebung zum 01.01.09

➤ Anmerkungen / Fortschreibung Neue AV – Einheitl. Sozialer Dienst der Justiz NRW:

➤ Beiträge für die Homepage als Anhang beigefügt - Themen:

➤ Arbeitsauftrag an die Mitglieder des Vorstandes der LAG NRW:



Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen

BAG: LG Essen

„Bericht aus dem Bezirk - Bezirkssprecherkonferenz der LAG NRW“

➤ BAG Themen:

- Weiterhin vierteljährliche Treffen
- Thema beim letzten Treffen im Dezember 2008: „Gerichtshilfe“
- Oliver Reken wurde neu ins Sprecherteam gewählt

➤ Aktuell im Bezirk:

- Diskussionen um die Verteilung der FA-Fälle
- Stellenausschreibung: Eine langjährig befristete Kollegin konnte eine feste Stelle in Gelsenkirchen bekommen. Zwei weitere Stellen (Pensionierungen) werden jetzt ausgeschrieben
- Steigende Fallzahlen spürbar
- Vertretung für Gerichtshilfe wegen Krankheitsfall

➤ Projekte im Bezirk:

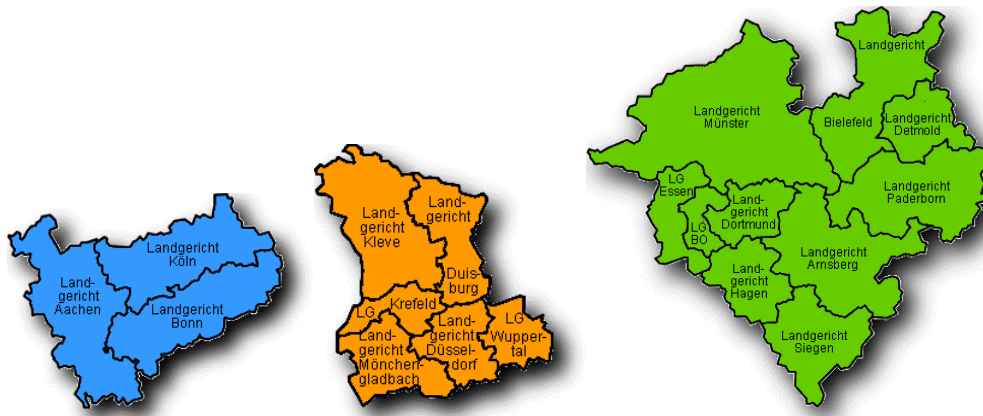
- Das AGT der BWH Essen hat im Herbst 2008 wieder stattgefunden
- E. Kress (Essen II) veranstaltet „Thai Chi Qigong“ mit Probanden

➤ Anmerkungen / Fortschreibung Neue AV – Einheitl. Sozialer Dienst der Justiz NRW:

- Das Anliegen, den Begriff „Fachkraft“ soweit möglich abzuschaffen, besteht weiterhin
- Verteilung der FA-Fälle
- Änderung der AV vom 13.11.08 – Problematisch: BWH im Fachbereich FA treten als FA-Stelle auf

➤ Beiträge für die Homepage als Anhang beigefügt - Themen:

➤ Arbeitsauftrag an die Mitglieder des Vorstandes der LAG NRW:



Landesar-

beitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen

BAG: LG Paderborn

„Bericht aus dem Bezirk - Bezirkssprecherkonferenz der LAG NRW“

-
- **BAG Themen:**
 - Zur Zeit keine besonderen Themen; so gut wie keine BAG Aktivitäten
-
- **Aktuell im Bezirk:**
 - Strukturreform und deren Auswirkungen
-
- **Projekte im Bezirk:**
 - Verkehrspsychologische Seminare in allen Dienststellen
 - AAT
 - Bewerbungstraining
 - Div. Projekte der Praktikanten, wechselnd (z.B. „Knast hautnah“, Intensivbetreuung usw)
 - 2 Kollegen sind zu zertifizierten Schuldnerberatern fortgebildet worden; interne multiplikatorische Fortbildung ist geplant; Möglichkeiten einer Projektierung werden geprüft
 - Behandlungsgruppe Sexualstraftäter in Zusammenarbeit mit einem niedergelassenem Psychologen läuft in Kürze an
-
- **Anmerkungen / Fortschreibung Neue AV – Einheitl. Sozialer Dienst der Justiz NRW:**
 - Qualitätszirkel hat die Arbeit aufgenommen
-
- **Beiträge für die Homepage als Anhang beigefügt - Themen:**
 - ./.
-
- **Arbeitsauftrag an die Mitglieder des Vorstandes der LAG NRW:**

Erhebungsbogen zur Risikobestimmung unter Bewährung und Führungsaufsicht stehender Personen

1. Mehr als zwei Verurteilungen/Straftaten in den letzten 10 Jahren

- ja (15 Punkte)
- nein (0 Punkte)

Punkte Risiko 1 insgesamt:	Punkte
----------------------------	--------

2. Junger Mensch (bis einschließlich 27 Jahre)

zum Zeitpunkt der Erhebung

- ja (5 Punkte)
- nein (0 Punkte)

Punkte Risiko 2 insgesamt:	Punkte
----------------------------	--------

3. Chancen auf dem Arbeitsmarkt

- gering (5 Punkte)
bei unwahrscheinlicher Integration in den Arbeitsmarkt z.B. aufgrund des Alters, Suchterkrankung, körperlicher oder psych. Behinderung, ansonsten „gut“
- gut (0 Punkte)

Punkte Risiko 3 insgesamt:	Punkte
----------------------------	--------

4. Ausbildungsstand

- gering (5 Punkte)
wenn ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung
- mittel bis hoch (0 Punkte)

Punkte Risiko 4 insgesamt:	Punkte
----------------------------	--------

5. Finanzielle Probleme und Unfähigkeit zum Finanzmanagement

- nein (0 Punkte)
- ja (10 Punkte)
bei Überschuldung, bei gelegtl. oder regelm. Engpässen, gekürzten Sozialleistungen

--
Wenn ja:

- Schuldenregulierung eingeleitet (- 5 Punkte)

Geldverwaltung eingerichtet (- 5 Punkte)

Punkte Risiko 5 insgesamt:

Punkte

6. Familiäre Probleme

ja (10 Punkte)
wenn keine oder nur krisenhafte familiäre Bindung, wenn von der Familie keine stabilisierende Wirkung ausgeht (z.B. Gewalt, Suchtmittelmissbrauch, Überforderung)

nein (0 Punkte)

--

Wenn ja: motiviert, an einer Lösung der Probleme zu arbeiten (- 5 Punkte)

Punkte Risiko 6 insgesamt:

Punkte

7. Wohnsituation

gesichert (0 Punkte)

Wohnungsverlust droht (10 Punkte)
bei 2 Mieten Rückstand, durch zu geringes Einkommen, schlechter Haushaltsführung und Überschuldung

bei aktiver Mitwirkung zur Problemlösung: (- 5 Punkte)

wohnungslos (20 Punkte)
nicht nur Übernachten/Leben im Freien, sondern auch Übergangwohnheime/wechselnde Unterbringung bei Bekannten – außer Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe mit soz. päd. Betreuung

Punkte Risiko 7 insgesamt:

Punkte

8. Freizeitverhalten

Interessenorientierte Freizeitgestaltung (0 Punkte)

keine Interessen (5 Punkte)

Punkte Risiko 8 insgesamt:

Punkte

9. Substanzmittelmissbrauch

ja (30 Punkte)

nein (0 Punkte)

--

wenn ja:

- nach abgeschlossener Therapie seit mindestens 6 Monaten abstinent (-20 Punkte)
- in regelmäßiger Suchtberatung und abstinent oder in qualifiziertem Methadonprogramm (-10 Punkte)

Punkte Risiko 9 insgesamt:	Punkte
----------------------------	--------

10. Soziale Umgebung

- stabilisierendes soziales Netzwerk (0 Punkte)
- problematische oder keine Sozialkontakte (20 Punkte)

Punkte Risiko 10 insgesamt:	Punkte
-----------------------------	--------

11. Emotionale oder psychische Erkrankung oder Probleme

- diagnostizierte Erkrankung (30 Punkte)
vorliegendes psychotisches Verhalten, wenn eine fachärztliche Diagnose vorliegt, die Arbeitsunfähigkeit darlegt (Depression etc., auch: Spielsucht, Kaufsucht)
- mangelnde oder fehlende Impulskontrolle (30 Punkte)
- Problem (15 Punkte)
wenn das Wohlbefinden dermaßen eingeschränkt ist, dass Leidensdruck besteht
- weder Erkrankung noch Problem (0 Punkte)

--
Wenn ja:

- in regelmäßiger Beratung oder Therapie (-15 Punkte)

Punkte Risiko 11 insgesamt:	Punkte
-----------------------------	--------

12. Einstellung zur Straftat

- glaubhafte Distanzierung von eigener Delinquenz (0 Punkte)
setzt Opferemphatie voraus
- Bagatellisieren der eigenen Delinquenz (20 Punkte)
- Abstreiten der eigenen Delinquenz (30 Punkte)

Punkte Risiko 12 insgesamt:	Punkte
-----------------------------	--------

13. Besondere Straftaten

- Straftaten gegen Leib und Leben (30 Punkte)
*gegen die sexuelle Selbstbestimmung (z.B. Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Kindesmissbrauch)
gegen die körperliche Unversehrtheit (z. B. Mord, Totschlag, Körperverletzung, Freiheitsberaubung,
Kindesmisshandlung) Ausgenommen fahrlässige Delikte*

--

Wenn ja:

- abgeschlossene deliktbezogene Therapie und mindestens 6 Monate deliktfrei (-10 Punkte)
- motiviert in deliktbezogener Therapie mitarbeitend (- 5 Punkte)

Punkte Risiko 13 insgesamt:	Punkte
-----------------------------	--------

Gesamtpunktzahl: _____

Ergebnis:

- geringes Rückfallrisiko (bis 29 Punkte)
- mittleres Rückfallrisiko (bis 59 Punkte)
- hohes Rückfallrisiko (ab 60 Punkte)

Ist im Falle eines Rückfalls mit höherer Wahrscheinlichkeit von einer schweren Straftat gegen Leib und Leben auszugehen?

- ja
- nein

Ambulanter Sozialer Dienst bei dem Landgericht Siegen

Arbeitsgruppe „Rückfallrisiko-Prognose“

Dr. Stephan Barth • Barbara Heyman • Björn Martens • Winfried Schmidt-Schürmann • Matthias Krämer • Marco Traxel

Die Arbeitsgruppe „Rückfallrisikoprognose“ hat sich im Juli 2007 konstituiert. Gegenstand der bisherigen Arbeit ist die Erarbeitung eines standardisierten Instrumentariums zur Erhebung des individuellen Rückfallrisikos der Probandinnen und Probanden des Ambulanten Sozialen Dienstes.

Die Beschäftigung mit dem Thema „Risikomanagement“ erscheint aus unterschiedlichen Perspektiven sehr sinnvoll, nämlich

- um ein wissenschaftlich abgesichertes, standardisiertes Verfahren zur Rückfallrisikoprognose einzuführen,
- um auf diese Weise die vorhandenen Ressourcen zielgerichteter einsetzen zu können,
- um damit die Arbeit des Ambulanten Sozialen Dienstes der Justiz im Sinne von Qualitätsentwicklung weiter zu professionalisieren und zu profilieren,
- um Probandinnen und Probanden mit individuellem Rückfallrisiko besser konfrontieren und darauf aufbauend zu Veränderungsbereitschaft motivieren zu können.

„Risk Management“ ist im wissenschaftlichen Diskurs seit einigen Jahren verstärkt zum Thema geworden und spielt auch bei den Strukturreformen im Bereich der Sozialen Dienste in einigen Bundesländern bereits eine bedeutende Rolle (vor allem in Bayern). Es ist davon auszugehen, dass diese Diskussion auch bei den weiteren Überlegungen zu Qualitätsstandards in NRW bedeutsam werden wird.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich zunächst in die wissenschaftliche Literatur eingeleitet und aus den unterschiedlichen dort genannten Risikokriterienkatalogen eine Synthese für die eigene Fragestellung zu bilden versucht.

Konkret wurde danach an dem ambitionierten Vorhaben gearbeitet, die Kriterien nicht nur als solche zu benennen, sondern in einen Fragebogen zu überführen, um damit individuelles Rückfallrisiko bestimmen zu können.

Als aufwendig erwies sich z.B. die Entscheidung darüber, welche Wertigkeit bestimmte Rückfallrisikokriterien gegenüber anderen haben, wo theoretisch begründete Grenzen zwischen geringem, mittlerem und hohem Rückfallrisiko zu ziehen sind, wie Motivation und konkrete Maßnahmen zur Veränderung des Risikos durch Probandinnen und Probanden in das Bewertungssystem integriert werden können usw.

Dennoch hat die Arbeitsgruppe zwischenzeitlich den Prototyp eines Fragebogens erstellt, der sich im Rahmen interner Pretests auch als geeignet erwies. In langen Diskussionen wurden dann eine ganze Reihe von Feinabstimmungen vorgenommen sowie Definitionen und Ausfüllhilfen formuliert und in den Bogen eingearbeitet.

Den Mitgliedern der Arbeitsgruppe ist natürlich bewusst, dass es insbesondere in der Frage der Wertigkeit bestimmter Risikokriterien sowie bei der Entscheidung über deren Ausdifferenzierung subjektive Entscheidungen geben musste. Ebenso bewegt man sich naturgemäß immer auf einem schmalen Grat bei dem Versuch, eine gesunde Mischung zu finden zwischen dem Wunsch, Kriterien möglichst umfassend und vollständig zu erfassen und dem Erfordernis, einen praktisch dann aber auch noch handhabbaren Bogen zu entwickeln.

Zwischenzeitlich wurde der Bogen von allen Kolleginnen und Kollegen des Ambulanten Sozialen Dienstes der Justiz bei dem Landgericht Siegen getestet und durchgängig für gut befunden